

NEUE AUFGABEN FÜR DIE RÜSTUNGSINDUSTRIE

## Tanker statt Zerstörer

Betriebliche Arbeitskreise propagieren die Umstellung ihrer Unternehmen auf die Herstellung ziviler Produkte

VON Wolfgang Hoffmann | 15. Mai 1987 - 08:00 Uhr

*Von Wolfgang Hoffmann*

Während die deutschen Rüstungsunternehmen die Bundesregierung drängen, ihnen neue Rüstungsaufträge für die Bundeswehr zu verschaffen und notfalls die Exportschranken weiter zu öffnen, um die brachliegenden Kapazitäten auszulasten, gehen führende Gewerkschafter immer deutlicher auf Distanz zur Waffenproduktion. Ilse Brusis, Mitglied des DGB-Bundesvorstands und Vorsitzende der gewerkschaftseigenen Hans-Böckler-Stiftung, wagte sich unlängst weit vor: „Als Gewerkschafter können wir uns nicht dem Dogma verpflichtet fühlen ‚jeder Arbeitsplatz ist es wert, erhalten zu werden‘.“ Die Gewerkschafterin ging sogar noch einen Schritt weiter: „Jeder Arbeitsplatz, der im Zuge der Rüstungsverminderung in diesen Industrien verloren wird, ist ein Fortschritt.“

Die Bemühungen um solchen „Fortschritt“ haben in der deutschen Arbeiterbewegung Tradition. Schon kurz nach dem Ende des 1. Weltkriegs verfaßten deutsche Rüstungsarbeiter eine Resolution, in der sie allen in der Rüstungsindustrie beschäftigten Arbeitnehmern vorschlugen: „Jede fernere Erzeugung von Kriegsmaterial prinzipiell abzulehnen und eine Umstellung der Betriebe für Friedensarbeit zu erwirken“. Auch aus jüngster Zeit sind ähnliche Resolutionen bekannt. So forderten die IG-Metall-Delegierten zuletzt auf dem 15. ordentlichen Gewerkschaftstag im Oktober vergangenen Jahres ihren Vorstand auf, „Strategien für nützliche Produkte statt Waffen zu erarbeiten“.

Von der Verwirklichung solcher Utopien sind die Rüstungsarbeiter in der Bundesrepublik freilich noch weit entfernt. Und käme es unter den rund 300 000 Arbeitnehmern in dieser Branche zum Schwur, so würde die Mehrheit wohl eher für eine Lockerung der Waffenexporte votieren als für eine Umstellung der Produktion auf alternative Produktionen mit ungewissen Absatzchancen. Die Umstellung der Produktion von Patronenhülsen, die noch immer mit Gewinn verkauft werden, auf Blechdosen, ist zwar leicht zu fordern, jedoch sehr viel schwieriger zu praktizieren. Schließlich müßten auch die Blechdosen mit Gewinn verkauft werden.

Gleichwohl sind die Chancen für eine Rüstungskonversion, für die Umkehrung der Rüstungsproduktion auf zivile Fertigung, günstiger als je zuvor. Zu keinem Zeitpunkt waren die Aussichten, daß sich die Abrüstungspläne der Supermächte realisieren lassen, so gut wie gegenwärtig. Die Kehrseite für die weltweiten Rüstungsindustrien bestünde dann im notwendigen Abbau von Rüstungskapazitäten. Sie müßten auf andere Fertigungen ausweichen.

Die deutsche Rüstungsindustrie ist von der möglichen Abrüstung der Supermächte zwar nicht betroffen, sie hat aber längst mit hausgemachten Problemen zu kämpfen. In Bonn sind die Kassen für neue Bundeswehrwaffen leerer den je. Zwar plant Verteidigungsminister Manfred Wörner für die neunziger Jahre eine Rundumerneuerung der Bundeswehrrüstung, Finanzminister Gerhard Stoltenberg ist jedoch fest entschlossen, den Wehretat zu stützen. Andernfalls nämlich gerät seine versprochene Steuerreform mangels Masse in Gefahr. Für die Rüstungsindustrie bedeutet das eine Verschärfung ihrer Krise, in der sie bereits jetzt steckt.

Ihre gegenwärtige Talsohle verdankt sie dem immer wiederkehrenden Umstand, daß die Rüstungskapazitäten zwischen dem Auslaufen einer Waffengeneration und der Beschaffung der nachfolgenden nicht ausgelastet sind. Und je moderner, perfekter und teurer die Waffen werden, desto größer wird der Zwang, sie auch länger im Einsatz zu halten. Andernfalls wären sie schon gar nicht mehr bezahlbar. Die Durststrecke für Rüstungsfirmen wird also immer länger.

Das zeigt einmal mehr, daß Arbeitsplätze in der Rüstungsindustrie keineswegs besonders sicher sind, ganz im Gegenteil. In einigen Unternehmen haben die Arbeitnehmer daraus Konsequenzen gezogen, besonders in norddeutschen Rüstungsfirmen, deren Strukturkrise durch den rückläufigen zivilen Schiffbau zusätzlich verschärft ist. In Unternehmen wie Krupp MaK Maschinenbau in Kiel, Krupp Atlas in Bremen, Blohm + Voss sowie HDW-Ross-Industrie in Hamburg haben die Betriebsräte betriebliche Arbeitskreise für eine alternative Fertigung gebildet. Ziel solcher Arbeitnehmerinitiativen ist es, einen Beitrag zu liefern, um die überproportional hohen Abhängigkeiten von Rüstungsaufträgen durch zivile Produktion abzubauen.

Einige Beispiele: Der Arbeitskreis „Alternative Produktion“ bei Ross-Industrie in Hamburg (früher HDW) hat seit 1982 Vorschläge für Alternativen zum Schiffbau erstellt und der Unternehmensleitung einen verstärkten Einstieg in die Produktion von Umweltechniken empfohlen. Im Ross-Betriebsrat heißt es dazu: „Gerade im Bereich der Umwelttechnik sehen wir eine gute Chance, Aufträge zu bekommen. Unsere Kollegen haben oft mit gesundheitsschädlichen Stoffen zu tun, die auch in die Umwelt gelangen. Problembereiche sind unter anderem Unterwasserfarben, Sandstrahlgut oder Kühlschmiermittel. Produkte, die Gefahren bei der Arbeit beseitigen und/oder eine möglichst umweltfreundliche Entsorgung garantieren, müssen angepackt werden.“

Der Arbeitskreis „Neue Produkte“ bei Krupp MaK Kiel erarbeitete Verkehrsalternativen: einen Niederflurwagen für den Huckepackverkehr für die Straße und Bundesbahn, einen neuartigen Umschlageterminal für den Güterverkehr der Bundesbahn und einen Triebwagen für den öffentlichen Personenverkehr, um damit unrentable Eisenbahnstrecken zu erhalten.

Bei Blohm + Voss in Hamburg propagiert der Arbeitskreis „Alternative Fertigung“ seit einigen Jahren einen Windhilfsantrieb für Schiffe, bisher allerdings mit geringem

Erfolg, obwohl die Rückkehr zur Segelschiffahrt zumindest als Ergänzung zum herkömmlichen Antrieb in entsprechend modernisierter Form durchaus eine realistische Alternative ist. Herbert Zeretzke, Betriebsratsmitglied bei MaK Kiel und Sprecher des IG-Metall Arbeitskreises „Neue Produktion“: „In Japan wurde kürzlich das achte Schiff mit Windhilfsantrieb in Dienst gestellt. Die ersten dieser Schiffe erbrachten eine Kraftstoffersparnis zwischen 50 und 60 Prozent.“ Mithin eine Alternative, die sich ökonomisch auszahlt, die zudem den Vorteil hat, daß sie ökologisch sauber ist.

Bei der Unternehmensleitung stoßen solche Arbeitnehmvorschläge auf wenig Resonanz. Ein häufiges Argument gegen den Windhilfsantrieb ist zum Beispiel der Hinweis auf unkalkulierbar lange Fahrtzeiten. Johannes Dünnwald von der „Innovations- und Technologieberatungsstelle“ der IG Metall in Hamburg – sie unterstützt die Arbeitskreise mit Know-how – hält solche Einwände für vorgeschoben: „Wie lange ein Schiff unterwegs ist, spielt bei den heutigen Kühlmethoden keine Rolle. Viel wichtiger ist das richtige Timing für das Auslaufen im Hafen. Und bisher ist es so, daß die langen Liegezeiten im Hafen bis zur Ausladung der eigentliche Grund für unnötig hohe Kosten sind.“

Mitglieder der Arbeitskreise machen immer wieder die Erfahrung, daß ihre Vorschläge bei den Unternehmensleitungen abgewiesen werden. Heinz Otto, Mitglied im Arbeitskreis bei Blohm + Voss schreibt in einem Erfahrungsbericht über seine Initiativen: „Schon 1976 versuchte ich in einem Brief an Verbände, Behörden und Ministerien eine Gesprächsrunde zum Thema Windantrieb für Schiffe zusammenzustellen. Der Vorstand meiner Firma hat mich daraufhin ins Gebet genommen. Das Forschungsministerium habe meinen Vorstand per heißem und direktem Draht wissen lassen, sinngemäß, daß es offene Bittbriefe von Namenlosen, wie ich es nun mal bin, nur ungern erhält und beantwortet.“

Nach einem Wechsel auf der Vorstandsebene zeigt die Unternehmensleitung neuerdings größere Aufgeschlossenheit gegenüber den Initiativen aus der Arbeitnehmerseite. Gerd Taschenberger vom Betriebsrat: „Hinsichtlich unserer Vorschläge für Produktionen auf dem Gebiet der Umwelttechnik ist der Vorstand ansprechbar. Aber das geht alles nur millimeterweise.“

Die praktische Durchsetzung einer von Arbeitnehmern geforderten arbeitsorientierten Investitionspolitik ist für Klaus Mehrens von der IG Metall in Frankfurt das schwierigste Problem. Er nennt die Gründe: „In einer kapitalistisch orientierten Wirtschaft erhebt die Kapitaleseite den Anspruch auf Investitionsautonomie. In diesen Autonomieanspruch greifen die Arbeitsgruppen, wenn auch in indirekter Form, ein.“ Hans-Ulrich Klose, ehemaliger Hamburger Bürgermeister und SPD-Abgeordneter in Bonn, der die Bemühungen der Arbeitskreise mit großer Sympathie verfolgt, meint noch ungeschminkt: „Wer über eine alternative Produktion nachdenkt, begibt sich auf das Terrain des Unternehmers, was Unternehmer bekanntlich nicht schätzen, weil ein solches Verhalten den Führungsanspruch der Unternehmer schwächt und den Mitbestimmungsanspruch der Arbeitnehmer stärkt.“

Timm R. Meyer, beim Bundesverband der Deutschen Industrie in Köln für die Verteidigungswirtschaft zuständig, lehnt den Gedanken der Rüstungskonversion keineswegs grundsätzlich ab, gleichwohl meint er, Abrüstungsfragen seien nicht Sache der Industrie, sondern der Politik. Da sich die Bundesrepublik für die Bundeswehr entschieden habe, gehöre nun mal die Ausrüstung dazu. Solange dies so sei, sei es die Pflicht der Industrie, der Bundeswehr die Ausrüstung zu beschaffen, die sie für den Verteidigungsauftrag benötige. Im übrigen beschäftige sich die Industrie durchaus stets mit Alternativen zur Rüstungsproduktion. Es sei in ihrem ureigenen Interesse, eine einseitige Abhängigkeit von Rüstungsaufträgen zu vermeiden. Meyer: „Das ist erkannt, und daran wird immer gearbeitet.“

Daß sich Arbeitnehmer bei der Suche nach neuen Beschäftigungsfeldern den Kopf der Unternehmer zerbrechen, ist nicht nur im Management umstritten. Auch Arbeitnehmer selbst haben Vorbehalte gegen Arbeitskreise für alternative Produktionen. Oscar Pauly, Konzernbetriebsratsvorsitzender bei Dornier in Friedrichshafen, hat eine ganz andere Position als viele seiner Kollegen in den norddeutschen Rüstungsbetrieben: „Wir als Betriebsräte sind doch nicht besser und klüger als die Vertriebs- und Fachleute in unseren Denkstuben. Unter Ausschluß für Alternativen ist die Firma Dornier selbst.“

Pauly hat allerdings gut reden. Dornier nämlich ist eher die Ausnahme von der Regel, der zufolge in Rüstungsunternehmen immer dann mit Massenentlassungen zu rechnen ist, wenn Rüstungsaufträge zurückgehen oder für längere Zeit ganz ausbleiben. Während in vielen Waffenschmieden Entlassungen drohen, setzt Dornier im Personalbereich nach wie vor auf Wachstum. In den Labors und Denkstuben, in denen die Neuheiten des Unternehmens entwickelt werden, gibt es sogar Engpässe – eine ungewöhnliche Situation.

Philosophie des Unternehmens ist, daß ein Konstrukteur, der gestern an einer militärischen Entwicklung gearbeitet hat, morgen an der Entwicklung ziviler Produkte tätig sein kann und muß. Talsohlen, die sich aus der beschaffungsbedingten Auftragslage ergeben, sind auf diese Weise stets gut ausgeglichen worden. Hans Ambos, bei Dornier für den Verteidigungsbereich zuständiges Vorstandsmitglied, erläutert die Philosophie: Dornier sei nicht auf einzelne Produkte wie militärische Flugzeuge fixiert, das Unternehmen konzentriere sich auf die Fragestellung, was aus einer Technologie gemacht werden könne. Dornier arbeitet an über 1200 Programmen – von der Umwelttechnik bis zur Raumfahrt – da kommen dann die Synergieeffekte für neue Produkte von selbst. Für Hans Ambos ist die Formel „alternative Produktion statt Rüstung“ durchaus kein Widerspruch, „vorausgesetzt, daß die Alternativen auch finanziert werden können“.

Die Friedrichshafener lieferten auch schon den Beweis dafür, daß die These, wonach aus der Rüstung erhebliche Innovationsimpulse für zivile Produktionen kommen, in der Einseitigkeit, wie sie oft aufgestellt wird, nicht stimmt. Bei Dornier gibt es indes unzählige Beispiele dafür, daß erst zivile Entwicklungen den Anstoß für neue militärische Lösungen gegeben haben. Das belegt zugleich das Ergebnis einer Untersuchung

des Hamburger Instituts für Friedensforschung und Sicherheitspolitik. In der Studie „Alternative Produktion statt Rüstung“, die von den Autoren Klaus Schomacker, Peter Wilke und Herbert Wulf für die gewerkschaftliche „Hans-Böckler-Stiftung“ erstellt wurde, ist nachgewiesen worden, daß Rüstungskonversion technisch wie ökonomisch machbar ist, und daß der Rückzug aus dem Rüstungsgeschäft nicht notwendigerweise zu Massenentlassungen führen muß.

Die konsequenten Bemühungen, die Produktion zu diversifizieren, bedeutet für Dornier allerdings keineswegs Enthaltensamkeit auf dem Rüstungssektor. Betriebsrat Pauly: „Ziel ist es, die zivile Seite des Unternehmens zu stärken, was aber nicht heißt, daß wir uns aus militärischen Geschäften heraushalten.“

Den meisten Beschäftigten in Rüstungsunternehmen, die sich in Arbeitskreisen für „Alternative Fertigung“ zusammengeschlossen haben, geht es freilich um mehr als Kapazitätsauslastung und Erhaltung der Arbeitsplätze. Schomacker, Wilke und Wulf stellten in ihrer Untersuchung fest, daß es diesen Arbeitnehmern um ganz Grundsätzliches geht: Ihre Kriterien sind vor allem soziale Nützlichkeit: „Schäden für die Gesellschaft, ob friedens- oder umweltpolitischer Art, und Arbeitsbedingungen in der Produktion sollen mitbedacht werden. Arbeitnehmer sollen über das Wie und Was der Produktion mitbestimmen, die Folgen der Produktion für die Arbeits- und Lebensbedingungen berücksichtigen. Dabei wird die Veränderung der betrieblichen Entscheidungsstrukturen angestrebt.“

Spätestens an diesem Punkt werden die betrieblichen Initiativen der Arbeitnehmer am Widerstand der Unternehmensleitungen scheitern. Dennoch sind sie keineswegs bedeutungslos. Die Hamburger Studie kommt zu dem Ergebnis, daß die Arbeitskreise in den Betrieben „Geschäftsleitungen unter Legitimationsdruck gesetzt haben, wenn der Widerspruch zwischen Bedarf und Möglichkeit alternativer Produktion und der Vernichtung von Arbeitsplätzen und Produktionskapazitäten offensichtlich wurde. Wenn Beschäftigte die grundsätzlichen Alternativen zur Rüstungsproduktion sehen, sind sie nicht ohne weiteres bereit, schicksalhafte Betriebsschließungen und Entlassungen hinzunehmen, sondern fordern Beschäftigungspläne“. Damit sind betriebliche Initiativen ein Wert an sich, an dem die Unternehmensleitungen nicht ohne weiteres vorbei können.

Allerdings wird von den betrieblichen Arbeitskreisen zunehmend erkannt, daß das einseitige Engagement der Arbeitnehmer nur bedingt zum Erfolg führt, wenn es bei der Frontstellung – hier die Arbeitnehmer, dort die Geschäftsleitung – bleibt. So wird denn auch neuerdings versucht, die Geschäftsleitungen in die Arbeitnehmerinitiativen einzubinden. Gegenwärtig bemüht sich der Betriebsrat von MBB-Augsburg, dort werden maßgebliche Teile für das Kampfflugzeug Tornado produziert, das „Modell Grundig“ durchzusetzen.

Bei Grundig haben Betriebsrat und Geschäftsleitung einen gemeinsamen Arbeitskreis gebildet, der paritätisch besetzt ist. Je zwei Mitglieder der Arbeitnehmer und der

Geschäftsleitung sind beauftragt, sich in diesem Arbeitskreis den Kopf über neue Produkte zu zerbrechen, die im Markt erfolgreich bestehen können.

Solche Ansätze, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer auch an Entscheidungen über die Produktion zu beteiligen, bleibt dennoch Utopie. Die Abrüstung der Betriebe ist ebenso wie die Abrüstung der Waffen von politischen Entscheidungen abhängig. Allerdings könnten die vielfältigen Bemühungen, die Abhängigkeit der Unternehmen von militärischen Aufträgen zu reduzieren, durchaus schon heute politisch flankiert werden. Für den SPD-Abgeordneten Norbert Gansel ist die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung dafür ein Instrument: „Wir brauchen glasklare Bestimmungen, damit die Unternehmen wissen, was sie dürfen und was sie nicht dürfen. Nur dann können sie rational planen. Solange das Überdruckventil Export vorhanden ist, werden die Unternehmen soviel Dampf machen, daß man ihren Exportwünschen nachgibt.“ Flankenschutz wäre auch, die staatliche Umweltpolitik finanziell aufzustocken, weil in diesem Bereich ein wachsender Bedarf für neue Produkte zu erwarten ist. Unternehmen, die in diesem Sektor führend sind, brauchen keine Beschäftigungsprobleme zu fürchten, wenn der Raketenabrüstung irgendwann die Verminderung der konventionellen Rüstung folgen sollte.

Mit einer Verminderung der konventionellen Rüstung, das Betätigungsfeld der deutschen Rüstungsindustrie, ist vorerst freilich nicht zu rechnen. Sollten sich jene Politiker durchsetzen, die schon eine konventionelle Nachrüstung als Folge der nuklearen Abrüstung fordern, dann stünde die deutsche Rüstungsindustrie sogar vor einem neuen Auftragsboom. Die Verwirklichung solcher Pläne stößt indes an Grenzen: für noch mehr Waffen hat die Bundesrepublik gegenwärtig kein Geld.

**COPYRIGHT:** ZEIT ONLINE

**ADRESSE:** <http://www.zeit.de/1987/21/tanker-statt-zerstoerer>